

Unterwerfung der Staaten unter private Schiedsgerichte

Was ist TTIP?

Die USA und die EU verhandeln seit einiger Zeit über das Freihandelsabkommen, „Transatlantic Trade Investment Partnership“, genannt TTIP. Damit soll die weltweit größte Freihandelszone errichtet werden. Dieses Abkommen wird geheim ausgehandelt. Es umfasst Bereiche wie Umweltstandards, Verbraucherschutz, Lebensmittelsicherheit, Gesundheit, Arbeitsschutz sowie Finanzmarkt-bestimmungen. Das private Schiedsgericht mit Investor-Staats-Klagerechte ist ein zentrales Instrument dieses Abkommens.

Sinn & Zweck privater Schiedsgerichte

Um Investitionen in Ländern zu fördern, in denen kein funktionierendes rechtsstaatliches Justizsystem vorhanden war, wurden Investor-Staats-Klagemöglichkeiten geschaffen. In diesem Fall sollten private Schiedsgerichte den Schutz für Investoren ermöglichen und vor allem die Gefahr von Enteignungen vermindern, vor allem in Entwicklungsländern mit korrupten oder diktatorischen Regierungen.

***Dazu ATTAC:** In der EU und in den USA existieren seit vielen Jahren bewährte und transparente rechtsstaatliche Justizsysteme. Jeder ausländische Investor hat die Möglichkeit, vor ordentliche Gerichte zu ziehen. Private und geheime Schiedsgerichte sind somit nicht notwendig.*

Wie funktionieren private Schiedsgerichte

Ein Schiedsgericht besteht aus 3 Schiedsrichtern, die oft aus Großkanzleien stammen oder aus Aufsichtsräten großer Konzerne. Diese werden von den Parteien, das sind klagende Unternehmen und Staaten, ausgewählt und fällen Entscheidungen, die rechtsstaatliche Standards ignorieren. Sie tagen hinter verschlossenen Türen und lassen keine Berufung zu. Die Urteile müssen nicht öffentlich gemacht werden und sind sofort vollstreckbar. Die Unabhängigkeit der Schiedsrichter ist nicht garantiert, denn sie werden von den Parteien ausgewählt und bezahlt. Urteile können nicht überprüft werden, da diese der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht werden müssen.

***Dazu ATTAC:** Investor-Staats-Klagen sind mit ordentlichen rechtsstaatlichen Gerichten nicht vergleichbar. Private Schiedsgerichte bieten keine Transparenz und besitzen kein unabhängiges Rechtssystem. Sie höhlen die Demokratie aus, da ein verurteilter Staat entweder das von Investoren angeprangerte, demokratisch beschlossene Gesetz zurücknehmen oder eine hohe Entschädigungssumme bezahlen muss.*

Wer kann klagen? Wann wird geklagt

Klagen können nur ausländische Investoren gegen Staaten, wenn Gesetzesänderungen ihre Gewinnerwartungen einschränken oder ihre Investitionen behindern. Viele dieser Klagen richten sich gegen Maßnahmen, die aufgrund von gesetzgeberischen Entscheidungen dieser Staaten getroffen werden und die Profiterwartungen der Konzerne schmälern. Mögliche Gründe für Investor-Staats-Klagen sind zum Beispiel Obergrenzen für Wassergebühren, Einführung von Mindestlöhnen, Verstaatlichung maroder Banken, Strafen für Umweltverschmutzung oder Lebensmittelsicherheit.

Beispiele für Investor-Staats-Klagen

- Der Bergbaukonzern Lone Pine klagte gegen Kanada erfolgreich auf Schadensersatz in Höhe von 250 Millionen Dollar wegen des Fracking-Moratoriums . Kanada musste die Entschädigungssumme bezahlen und Fracking zulassen.
- Philip Morris verklagt Australien zur Zahlung von mehreren Milliarden Dollar, weil die Regierung veranlasst hat, Zigaretten nur noch in Packungen ohne Markenlogo zum Verkauf anzubieten.
- Kanada hat seine geplanten Gesetzesvorschläge zum Nichtrauchererschutz ad acta gelegt, nachdem die Tabakindustrie eine Schadensersatzklage angedroht hat.
- Der schwedische Energiekonzern Vattenfall klagt als ausländischer Investor gegen die deutsche Bundesregierung auf 3,7 Mrd € Schadensersatz wegen der Abschaltung mehrerer Atomkraftwerke nach der Atomkatastrophe von Fukushima. Möglich wurde die Klage aufgrund eines Paragraphen zum Investitionsschutz in der Europäischen Energiecharta.

***Dazu ATTAC:** Regierungen können infolge von TTIP Entscheidung zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen der Bevölkerung nur umsetzen, wenn die Profitinteressen von Konzernen nicht geschmälert werden. Schon angedrohte Investor-Staats-Klagen haben zur Folge, dass Regierungen wegen zu befürchtender Schadensersatzklagen eine notwendige Maßnahme gar nicht erst in Angriff nehmen. Damit stärken die Schiedsgerichte die Position internationaler Großkonzerne und schwächen die Demokratie.*

Es haben sich europaweit über 230 Organisationen zu einer europäischen Bürgerinitiative zusammengeschlossen, um die Freihandelsabkommen TTIP und CETA zu verhindern. Unterstützen Sie diese europäische Bürgerinitiative „STOP TTIP“ und informieren sich auf der Bündniswebseite [www.stop-ttip.org!](http://www.stop-ttip.org)